



Presseschau vom 30.10.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

lug-info.com: Die Einwohner von Lugansk haben den 100. Jahrestag des Leninschen Komsomol mit einer Festveranstaltung begangen, bei der die Zeitkapsel mit der Botschaft der Komsomolzen des Jahres 1967 an ihre Nachfahren geöffnet wurde....

„Der Komsomol ist nicht nur eine die Zeit unserer Jugend und helle Erinnerungen an große Dinge. Es ist eine Jugendorganisation, die eine Zeitgenossin der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist, die direkt darauf eingewirkt hat, was für ein Land geschaffen wurde. Der Komsomol war eine echte Kaderschmiede für alle Bereiche des Lebens“, sagte der Bürgermeister von Lugansk Manolis Pilawow.

„Es vergehen Jahre und Jahrzehnte, aber die Idee der Komsmolbewegung, der Geist der Jugend, die dem Land helfen will, bleibt unverändert. Die Vertreter der Jugendorganisationen der LVR können aus meiner Sicht ganz als Nachfahren der Komsomolzen gesehen werden. Ihr kämpft für die Zukunft unserer Republik und die heutige Realität ist im vielen der Situation vor 100 Jahren ähnlich. Die lange Erfahrung des Komsomol wird zweifellos der Jugend der Republik von Nutzen sein“, fügte er hinzu.

Mit schönen künstlerischen Vorführungen begrüßten Aktivisten der Jugendorganisation „Junge Garde“, des Jugendrats beim Bürgermeister von Lugansk, studentischer Baubrigaden der Republik sowie Mitglieder des operativen Stabs zur Feier des Jahrestags des Komsomol. Außerdem wurde bei der Veranstaltung die Zeitkapsel geöffnet.

„Die Teilnehmer erwartete eine historische Überraschung. In der Kapsel, auf der das Jahr 1968 stand, wurde eine andere Kapsel mit einer Botschaft zu Ehren des 100. Jahrestags der Großen sozialistischen Oktoberrevolution gefunden. Diese Kapsel wurde 1967 hinterlegt“,

erzählte die Abteilungsleiterin der Stadtverwaltung Olga Inagamowa.

Das Recht die Kapsel zu öffnen und die Postschaft der Komsomolzen des Jahres 1967 an die Nachkommen zu verlesen, erhielten die Leiterin der Abteilung für die lernende Jugend des Woroschilowgrader Stadtkomitees in den Jahren 1980-1985 Natalja Lysenko und der Ehrenbürger von Lugansk, das Mitglied des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der Ukraine Wjatscheslaw Malow.

„Über Jahre und Jahrzehnte schicken wir Euch, der Generation des Jahres 2017, unseren heißen Gruß und Glückwünsche zum frohen Feiertag, dem 100. Jahrestag des Großen Oktober. Unsere Herzen sind mit dem Gefühl einer großen Freude und Stolz für unsere große Heimat gefüllt. In einigen Tagen wird das Sowjetvolk, die gesamte fortschrittliche Menschheit, den 50. Jahrestag des Großen Oktober begehen, der den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der Menschheit gelegt hat. In diesen Jahren hat sich unsere Heimat aus einem zurückgebliebenen zu einem mächtigen Weltstaat entwickelt“, heißt es in dem Text der Botschaft.

„Wir sind stolz darauf, dass es bei den Erfolgen des sowjetischen Volkes einen Anteil unserer Arbeit, unserer Energie und unseres Willens gibt ... Seid würdige Mitglieder dieser Gesellschaft, haltet die Fahne des Internationalismus und der Freundschaft zwischen den Völkern, die Arbeit und den Fortschritt im Namen des Wohls der Menschen hoch. Das aus euren Herzen niemals der Drang nach Wissen und Schaffen verschwindet. Immer nur vorwärts und vorwärts“, wünschten die Komsomolzen des Jahres 1967 den Nachkommen.

vk-Seite der Union der Kommunisten des Lugansker Landes: Kommunisten und Komsomolzen der LVR haben den 100. Jahrestag des Leninschen Komsomol begangen Heute haben sich die Komsomol-Organisation von Lugansk und das Aktiv der Kommunisten im Park des 30. Jahrestags des Leninschen Komsomol versammelt, um Ehrenmedaillen des ZK der KPRF zu übergeben. Neben Redebeiträgen legten die Versammelten Blumen am Denkmal der Junggardisten nieder. Das Bürgermeisteramt von Lugansk hatte sich geweigert, den Organisatoren der Veranstaltung eine Kopie der Botschaft aus der geöffneten Zeitkapsel, die an die Komsomolzen des Jahres 2018 gerichtet ist, zur Verfügung zu stellen.



<https://pp.userapi.com/c851024/v851024496/32f14/584m-gLaof8.jpg>

dnr-online.ru: Vor 47 Jahren fand in Donezk das erste unionsweite Treffen der

Arbeitsdynastien statt, bei dem sich die besten Menschen der Arbeit aus allen Ecken des Landes versammelten. Während dieses Treffens wurde entschieden, zu Ehren des 53. Jahrestags des Leninschen Komsomol eine Botschaft an die Vertreter der Arbeitsdynastien der Jugend des Jahres 2018 zu senden. Heute, am 29. Oktober, sollte die Botschaft, die in einer „Zeitkapsel“ bewahrt wurde, veröffentlicht werden. Aber das geschah nicht. Die Situation kommentierte der leitende wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung zum Erhalt von archäologischen Denkmälern des Donezker republikanischen heimatkundlichen Museums Eduard Krawtschenko.

„Am 11. Oktober haben wir einen Versuch unternommen, die Kapsel zu finden. Dort war eine repräsentative Kommission aus der Stadtverwaltung, der Verwaltung des Woroschilowskij-Bezirks usw. Die Steinplatte wurde angehoben, nachgesehen. Eine Kapsel haben wir dort nicht gefunden. Wahrscheinlich wurde sie irgendwann von dort entfernt. Wann, das wissen wir nicht“, berichtete Eduard Krawtschenko.

vormittags:

de.sputniknews.com: Idlib: **Transport von Giftstoffen durch „Weißhelme“ und Al-Nusra-Kämpfer gesichtet**

In der Nähe des syrischen Idlib sind Bewegungen von Dschabhat-al-Nusra-Kämpfern und Mitgliedern der „Weißhelme“ mit Giftstoffen gesichtet worden, erklärte der stellvertretende UN-Botschafter Russlands, Wladimir Safronkow.

„Zugleich hören die dort stationierten Bandentruppen nicht auf, die Vertragsbedingungen zu verletzen, indem sie naheliegende Ortschaften beschießen; dabei tauchen erneut Mitteilungen über verdächtige Bewegungen von Al-Nusra-Kämpfern und ‚Weißhelmen‘ mit Giftstoffen auf“, sagte der Diplomat.

Die Vereinbarungen über Idlib werden Safronkow zufolge erfolgreich umgesetzt.

„Unsere türkischen Partner machen alles, was von ihnen abhängt, um die Gruppierungen und deren schwere Bewaffnung aus dieser Zone abzuziehen.“

„Die Deeskalationsvereinbarungen waren zunächst provisorischer Art; niemand hat die Aufgabe zur Eliminierung der Terrorpräsenz in Syrien von der Tagesordnung genommen“, präzisierte der russische Vize-UN-Botschafter.

Im Falle der Fortsetzung der Provokation wird sich Russland ihm zufolge das Recht vorbehalten, das Vorgehen Syriens bei der Eliminierung der Terroristen zu unterstützen. Ende September hatte der russische Vizeaußenminister Sergej Werschinin erklärt, dass „die Kämpfer in Idlib mit Hilfe der pseudohumanitären Komplizen der Terroristen von den ‚Weißhelmen‘ die Vorbereitung auf Fake-Aktionen“ zur Inszenierung eines C-Waffen-Einsatzes fortsetzen würden.

Die Organisation „Weißhelme“ erlangte Bekanntheit durch Videos im Internet, auf denen ihre Mitglieder syrische Zivilisten aus den Trümmern retteten. Zugleich sind aber Aufnahmen aufgetaucht, die zeigen, wie „Weißhelme“ inszenierte Aktionen filmen. Das russische Außenministerium bezeichnet die Tätigkeit der Organisation als Teil des Informationskrieges zur Diskreditierung der syrischen Behörde



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32229/80/322298082.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete **Golubowskoje** und **Kalinowka**.. Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: **USA denken an „Adventsgeschenk“ für China – Bloomberg**

Die US-Administration wird voraussichtlich Anfang Dezember erhöhte Zölle auf mehrere Arten von Importwaren aus China einführen. Diese „Geschenkaktion“ wird erfolgen, sollte das Treffen von Präsident Donald Trump mit dem Vorsitzenden der VR China, Xi Jinping, beim G20-Gipfel in Buenos Aires ergebnislos verlaufen.

Darüber berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg am Montag unter Berufung auf Insiderquellen. Die erhöhten Zölle könnten chinesische Waren im Gesamtwert von 257 Milliarden US-Dollar betreffen, hieß es.

Sollten die Zollmaßnahmen im November angekündigt werden, treten sie ab Februar nächsten Jahres in Kraft.

Die Handelsbeziehungen zwischen Peking und Washington verschlechterten sich, nachdem Trump China des Diebstahls von US-Technologien und US-amerikanischem geistigem Eigentum beschuldigt hatte. Aufgrund dessen erhöhten die USA die Zölle auf chinesische Waren im Gesamtwert von 50 Milliarden US-Dollar auf 25 Prozent. Ende September führten die USA einen 10-Prozent-Zoll auf chinesische Waren im Gesamtwert von 200 US-Dollar ein, wobei der Zollsatz Anfang 2019 auf 25 Prozent angehoben werden soll. Peking reagierte dementsprechend.

Wie der chinesische Außenminister Wang Yi am 8. Oktober äußerte, widerspricht das Vorgehen der USA im Bereich der Handelsbeziehungen mit China den Interessen beider Länder.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32279/88/322798897.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 29. Oktober 3:00 Uhr bis 30. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 23.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Sajzewo, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Spartak, Krutaja Balka, Wasiljewka, Jasinowataja, Shabitschewo, Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Leninskoje, Sachanka, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, entstand infolge der Verwendung einer Kampfdrohne mit Brandmunition durch die bewaffneten Formationen der Ukraine in Staromichajowka ein Brand in dem Haus in der Dnjepropetrowskaja-Straße 56.

Außerdem wurde gestern durch Beschuss von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen auf Dokutschajewsk die Verglasung der Wohnung Nr. 12 in der Melnikow-Straße 3 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 366.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 167.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: **Russland zu Lage im Asowschen Meer: Nato kommt hier nicht durch**

Iswestija

Das Oberhaupt der Republik Krim, Sergej Aksjonow, hat vor Kurzem angekündigt, die nationalen Interessen notfalls mit aller Härte zu verteidigen.

Nato-Schiffe werden keinen Zugang zum Asowschen Meer bekommen. Russland wird keine gemeinsamen Übungen der Nato und der Ukraine in diesem Gewässer zulassen, so Aksjonow. Ihm zufolge wird Russland „hart und kontinuierlich die eigenen nationalen Interessen verteidigen“.

Die Absichten Kiews, neue antirussische Sanktionen zu provozieren, würden sich ins Gegenteil verkehren. Die Nato äußerte Besorgnis wegen der Destabilisierung der Lage im Asowschen Meer. Wegen der Spannungen in diesem Gebiet stellen die Initiatoren der Resolution zur Ausweitung der Strafmaßnahmen unerfüllbare Forderungen an Russland. Moskau ist gegen eine Eskalation im Asowschen Meer, weshalb es Nato-Schiffen keinen Zugang gewähren wird. „Es wird keine Nato-Schiffe im Asowschen Meer geben. Unser Land wird hart und kontinuierlich die eigenen nationalen Interessen verteidigen, daran sollte niemand Zweifel haben“, sagte Aksjonow.

„Die ukrainischen Behörden hoffen vielleicht, dass das Ergebnis ihrer Provokationen weitere antirussische Sanktionen sein werden. Doch das Paradoxe an der Situation besteht darin, dass Sanktionen gegen Russland eingeführt werden und es der Ukraine dabei schlecht geht. Auf der einen Seite beschwert sich Kiew darüber, dass es Milliarden verliert, auf der anderen Seite freut es sich über die Sanktionen und fordert neue. Das ist politische Schizophrenie, die für die aktuellen ukrainischen Behörden typisch ist. Nicht zufällig wird gesagt, dass weise Menschen aus fremden Fehlern lernen, der kluge aus den eigenen und Dummköpfe nie etwas“, sagte Aksjonow.

Kiew absolvierte vom 9. bis 12. Oktober Militärübungen im Asowschen Meer. Während der Manöver wehrten die ukrainischen Militärs Angriffe gegnerischer Landungstruppen ab. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sagte nach den Übungen, dass Kiew zur Abwehr der russischen Aggression im Asowschen Meer bereit ist. Die ukrainischen Behörden kündigten zudem gemeinsame Übungen mit der Nato an.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte, dass man ohne Zustimmung Moskaus nicht mit Schiffen ins Asowsche Meer fahren kann, weil der Vertrag mit der Ukraine die Zustimmung beider Länder für das Eintreffen von Kriegsschiffen erfordert.

Wie es bei der Nato hieß, hat Generalsekretär Jens Stoltenberg die Situation im Asowschen Meer beim jüngsten Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin besprochen. „Die Ukraine muss freie Meereskanäle haben, was natürlich auch für die Schiffe der Nato-Staaten wichtig ist, die Handelsbeziehungen mit der Ukraine haben. Das ist ein Problem, mit dem wir uns befassen“, hieß es im Pressedienst der Nato.

Stoltenberg hatte zuvor gesagt, dass die Nato über angeblich destabilisierende Handlungen Russlands in diesem Gewässer besorgt ist. Außerdem gab er an, dass er über den Bau der Kertsch-Brücke verärgert sei.

Das EU-Parlament verabschiedete am 25. Oktober eine Resolution, in der „überflüssige Handlungen Russlands“ in diesem Gewässer verurteilt werden. Laut den EU-Parlamentariern hindert Moskau angeblich ukrainische Schiffe an der Weiterfahrt und provoziert einen bewaffneten Konflikt in dieser Region. In der Resolution heißt es, dass „gezielte Sanktionen gegen Russland verstärkt werden, falls der Konflikt im Asowschen Meer sich weiter zuspitzt“. Die Verfasser dieses Dokuments sind Tunne Kelam und Urmas Paet, EU-Abgeordneten aus Estland.

Auf die Frage der Zeitung „Iswestija“, warum gerade Russland aggressive Handlungen in diesem Gewässer vorgeworfen werden, denn die Zuspitzung hätte doch mit den Handlungen der Ukraine, die russische Schiffe im Asowschen Meer festhielt und sogar beschlagnahmte, begonnen, sagte der Außenminister Estlands und Urheber der antirussischen Resolution, Urmas Paet: „Alle diesen Fragen werden gelöst, wenn Russland aufgehört hat, das Völkerrecht zu ignorieren und die Krim zu besetzen.“

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, nannte das Thema Asowsche Meer eine weitere „propagandistische Karte“, die von den westlichen Kollegen

gespielt werde.

In den kommenden Monaten findet eine Sitzung des EU-Ukraine-Assoziierungsrats mit dem ukrainischen Premier Wladimir Groisman statt. Wie die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini kürzlich Tage sagte, wird ein Teil dieser Sitzung der Frage gewidmet sein, wie man auf die Zuspitzung im Asowschen Meer reagieren sollte und welche Unterstützung die EU der Ukraine bei dieser Frage leisten kann. Der EU-Rat nahm auf Anfrage der „Iswestija“ keine Stellung zur Situation im Asowschen Meer, betonte aber, dass die vollständige Themenliste des Treffens im Dezember wenige Tage vor den Verhandlungen veröffentlicht werde. Die Situation um das Asowsche Meer spitzte sich zu, nachdem die Ukraine am 25. März 2018 den russischen Fischkutter „Nord“ festgesetzt hatte. Zehn Seeleute mit russischer Staatsbürgerschaft wurden zu ukrainischen Staatsbürgern erklärt, gegen sie wurde Anklage erhoben. Gegen neun Besatzungsmitglieder wurde eine Geldstrafe verhängt. Dem Schiffskapitän droht eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32280/02/322800202.jpg>

Dnr-sckk.ru: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen des übrig gebliebenen Teils der Ukraine das Feuer auf **Staromichajlowka** eröffnet. Durch den Beschuss entstanden zahlreiche Schäden an Fassaden, Dächern und Verglasungen von sieben Wohnhäusern in der Shukowskij-Straße (Hausnummern 2, 14, 15, 16, 17, 17a, 18). Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Kiew kurz vor der Wahl: Für Poroschenko muss der Donbass brennen**

Swobodnaja Pressa

Ukrainische Nationalisten rufen dazu auf, den Donbass anzugreifen, um die Volksrepubliken vom Asowschen Meer abzuschneiden. Präsident Poroschenko könnte einen militärischen Erfolg in der Tat gut gebrauchen: In der Ukraine stehen Wahlen an. Und die EU signalisiert, die Kiewer Führung bei einer Offensive gegen den Donbass unterstützen zu wollen. Ein Vorstoß – und die Volksrepublik Donezk ist vom Asowschen Meer abgeschnitten. Dazu rufen ukrainische Nationalisten die Regierung in Kiew auf. „Die Zeit drängt. Um die schleichende Annexion des Asowschen Meeres von russischer Seite sofort zu stoppen, muss unverzüglich eine Offensive unserer Truppen zu Lande begonnen werden“, fordert

Wjatscheslaw Wlassenko, Kämpfer des Nationalbataillons „Donbass“, via Facebook. Ein kleiner, siegreicher „Blitzkrieg“ gegen die Stadt Nowoasowsk – den einzigen Zugang der Volksrepublik Donezk zum Asowschen Meer – käme dem ukrainischen Präsidenten wirklich sehr gelegen.

„Wir beobachten seit einigen Tagen, dass es im Donbass entlang der ganzen Front wieder eskaliert. Wieder sterben die Verteidiger des Donbass und Zivilisten, während die ukrainische Führung die innenpolitische Lage weiter verschärft“, sagt der Politologe und Fachjournalist Wladimir Orlow.

Poroschenko würde dem Aufruf der Nationalisten gerne folgen, sagt der Experte. „Je näher die Wahlen rücken, desto dringender braucht Poroschenko einen lokalen Erfolg im Donbass.“ Eine Offensive wagt der ukrainische Präsident aber nur, „wenn er vom Westen Garantien bekommt, dass sein Vorstoß unterstützt wird und Russland sich nicht einmischen kann“. Der Westen hat die Unterstützung bereits signalisiert. Das EU-Parlament zeigt sich „wegen der instabilen Sicherheitslage im Asowschen Meer, die zu einem offenen Konflikt auswachsen kann“ beunruhigt.

In einem Dokument des Parlaments vom 25. Oktober heißt es, „die Militarisierung des Gewässers vonseiten Russlands“ sei eine Aggression. Die größte Sorge der EU: Ukrainische Öl- und Gasvorkommen könnten besetzt und das Asowsche Meer in ein russisches Binnengewässer verwandelt werden. Natürlich drohen EU-Abgeordnete Russland deshalb mit neuen Sanktionen.

Ob Unterstützungsbekundungen auf dem Papier den ukrainischen Präsidenten wirklich veranlassen, eine Offensive zu beginnen, ist aber fraglich. Schließlich hat Poroschenko noch die Geschichte seines einstigen Kumpels Saakaschwili vor Augen: „Der ehemalige georgische Präsident hatte offensichtlich auch Garantien vom Westen erhalten, als er Südossetien angriff. Was daraus wurde, wissen wir“, sagt der Politologe Orlow.

Laut dem Experten hat Poroschenko noch Bedenken. „Es wäre nicht das erste Mal, dass der Westen seine Verbündeten fallen lässt“, so Orlow. Zumal Russlands Präsident Putin unzweideutig klar gemacht hat, der Versuch, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzugreifen, würde ernsthafte Folgen für die Staatlichkeit der Ukraine nach sich ziehen. Ohnehin ist der Sinn und Zweck einer Militäraktion im Donbass ungewiss, sagt der GUS-Experte Wladimir Scharichin. „Die ukrainische Armee müsste herbe Verluste einstecken, würde sie versuchen, die Stadt Nowoasowsk einzunehmen. Und die Volksrepublik Donezk hätte dann ja immer noch Zugang zum Asowschen Meer, bei Bedarf über russisches Gebiet.“ Die Ukrainer würden wirklich einen hohen Preis für die Offensive zahlen müssen, sagt auch Orlow. Aber: „Rein militärisch betrachtet könnte die ukrainische Armee so viele Kräfte an einer Stelle aufbringen, dass sie die Verteidigung des Donbass durchbricht und innerhalb von fünf bis sechs Tagen bis an die russische Grenze vorstößt.“

Die ukrainische Armee ist laut dem Experten gegenwärtig in einer besseren Ausgangsposition: „Die Ukrainer sind zahlenmäßig überlegen und verbessern seit Jahren auch die Qualität ihrer Ausrüstung.“

Bei den Kiewer Streitkräften sei eine ständige Zunahme der Schlagkraft zu beobachten – „was man von den Volksmilizen im Donbass nicht behaupten kann“, so Orlow. „Die Volksmilizen haben keine Aufklärungskameras. Und die Wärmebildkameras, die sie besitzen, haben sie bei den Kämpfen 2014 von den ukrainischen Truppen erbeutet. Es fehlt auch an Scharfschützengewehren usw.“

Natürlich könnte diese gegenwärtige Überlegenheit der ukrainischen Armee die ukrainischen Generäle dazu veranlassen, eine Offensive gegen den Donbass als machbar einzuschätzen. Denn, so Orlow: „Für das Kiewer Regime wäre eine erfolgreiche Offensive gegen den Donbass sehr von Vorteil. Man muss ja den Wählern einen Sieg über die ‚Separatisten und Aggressoren aus dem Osten‘ auftischen, und auch dem Westen zeigen, dass man sein Geld wert ist.“

„Billige Propaganda“ – so bezeichnet indes der GUS-Experte Scharichin die Aufrufe ukrainischer Nationalisten. „Die ukrainischen Kräfte haben Hunderte Zivilisten in den Volksrepubliken getötet oder verletzt“, sagt der Politologe. „Jetzt müssen Poroschenkos PR-Leute die Lage weiter verschärfen, damit die Wähler zum Zeitpunkt der Wahlen endgültig das Gefühl haben, die Ukraine sei eine belagerte Festung.“

Aber eine Offensive? Das Risiko würde Poroschenko nicht eingehen, sagt Scharichin: „Erst recht nicht, nachdem Putin klargemacht hat, dass eine Reaktion Russlands auf einen Angriff nicht ausbleiben würde.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32279/95/322799552.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR über die Lage am 30.10.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **23 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **14 Ortschaften der Republik beschossen** hat.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus **Sajzewo** und **Dolomitnoje** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 92. und der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando der Henker Kokorjew und Martschenko sowie der 56 Panzergrenadierbrigade unter Kommando von Iwanow aus **Shabitschewo, Krutaja Balka, Jasinowataja, Wasiljewka, Spartak, Staromichajlowka** sowie das **Gebiet des Volvo-Zentrums** und der **Flughafen von Donezk** mit Mörsern rdes Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 128. Gebirgssturmbrigade und der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Sobko und Kuratsch während des Beschusses von **Dokutschajewsk, Kominternowo, Leninskoje** und **Sachanka** Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Infolge des Beschusses von Dokutschajewsk wurde die Verglasung einer Wohnung des Hauses in der Melnikow-Straße 3 beschädigt.

Nach Angaben unserer Aufklärung besuchen **im Zeitraum vom 31. Oktober bis 1. November NATO-Berater** und Kuratoren der Einheiten ausländischer privater Militärkompanien **Kramatorsk**, um gemeinsam mit Vertretern ukrainischen Spezialdienste eine **Serie aufsehenerregender terroristischer Akte und Provokationen an der Kontaktlinie zu planen**, um die Wahlen zu den Oberhäuptern der DVR und der LVR zum Scheitern zu bringen. Auf Befehl von Najew werden für die örtlichen Einwohner erhebliche Verkehrsbeschränkungen eingeführt, um die Bewegungen der ausländischen Kämpfer in der

Stadt zu verheimlichen.

Die an die Straflosigkeit gewöhnten ukrainischen Kämpfer spucken weiter in das Gesicht der Weltgemeinschaft und überziehen die friedlichen Bürger der Republik mit Terror.

Am 29. Oktober dieses Jahres haben die ukrainischen Straftruppen von den Positionen der 28. Brigade einen Schlag auf Wohnhäuser in Staromichajlowka verübt. Dadurch entstand ein Brand in einem Haus in der Dnjepropetrowskaja-Straße. Aber mit dieser Heldentat haben die ukrainischen Kämpfer nicht aufgehört. Eine Brigade des Zivilschutzministeriums, die an den Beschussort fuhr, geriet unter Beschuss und war gezwungen, die Brandort zu verlassen.

Ich will anmerken, dass auch heute im Ergebnis eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte sieben Häuser in der Shukowskij-Straße in Staromichajlowka beschädigt wurden. Nach vorläufigen Angaben wurden keine Opfer unter der Zivilbevölkerung festgestellt, Weitere Informationen werden noch ermittelt.

Wir rufen die Weltgemeinschaft ein weiteres Mal auf, die ukrainische Seite zu zwingen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Streitkräfte.**

Am 26. Oktober dieses Jahres verlor der Unterfeldwebel Jefimow, geb. 1992, das linke Auge, als er im Gebiet von Kamenka während eines Streits in betrunkenem Zustand zwischen Kämpfern der 92. Brigade einen Schlag mit einer zerbrochenen Flasche ins Gesicht erhielt.

Am 28. Oktober fand im Gebiet von Marjinka ein Konflikt vor dem Hintergrund nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen zwischen Kämpfern der 28. Brigade statt. Im Ergebnis eines begonnenen Schusswechsels starb der Kommandeur einer Aufklärungseinheit, Leutnant Gawriljuk, geb. 1970, von der Hand seines eigenen Untergebenen. Der Rädelsführer, Feldwebel Kopylez, geb. 1990, befindet sich mit Schuss- und Splitterverletzungen im Krankenhaus.

Um die Umstände des Geschehens zu verheimlichen und um disziplinarischen Maßregelungen zu entgehen, hat das Kommando der 28. Brigade ein weiteres Mal über den Tod und die Verletzung von Soldaten angeblich in folge von zwei verschiedenen Fällen von Beschießungen von Seiten der Einheiten der Volksmiliz berichtet.

de.sputniknews.com: **Israel fliegt erstmals seit Il-20-Abschuss Luftangriffe in Syrien**

Israel hat zum ersten Mal nach dem Abschuss des russischen Aufklärungsflugzeugs Il-20 im vergangenen Monat Luftangriffe in Syrien geflogen. Das teilte ein hochrangiger israelischer Beamter Reuters mit.

„Die israelischen Streitkräfte haben in Syrien Angriffe durchgeführt, auch nach dem Abschuss des russischen Flugzeugs. Die militärische Koordination mit den Russen geht wie früher weiter“, zitiert Reuters den namentlich nicht genannten Beamten.

Nach Angaben des israelischen Fernsehsenders Channel 1 galt der Luftschlag einem iranischen Konvoi, der der libanesischen Hisbollah Militärausrüstung bringen sollte.

Nach dem versehentlichen Abschuss der russischen Il-20 über Latakia am 17. September hatte Israel seine Luftangriffe in Syrien eingestellt. Moskau hatte Tel Aviv für den Vorfall beschuldigt: Das verantwortungslose Vorgehen des israelischen Militärs habe die Maschine einem Angriff der syrischen Luftabwehr ausgesetzt.

Als Reaktion auf den Abschuss lieferte Russland S-300-Raketensysteme an Syrien. Zuvor hatte Moskau auf diesen Schritt aus Rücksicht auf Israels Bedenken verzichtet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32082/65/320826569.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feueinstellung zweimal verletzt**.

Auf Befehl des Kriegsverbrechers, des Kommandeurs der 10. Gebirgsturmgrade Subanitsch wurde das Gebiet von **Golubowskoje** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. **Kalinowka** haben die ukrainischen Truppen auch mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kommandeur der 72. mechanisierten Brigade, der Verbrecher Tatus.

Insgesamt wurden mehr als 20 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Die Führung des verbrecherischen brudermörderischen Krieges durch die Kiewer Regierung wirkt sich verderblich auf alle Bürger der Ukraine aus und bringt katastrophale Folgen für das Land insgesamt. Diese Tatsache geben bereits hochrangige ukrainische Beamte zu.

Auf einer Pressekonferenz mit Vertretern der Medien hat der leitende Militärstaatsanwalt der Ukraine Matios dargelegt, dass die nicht kampfbedingten Verluste von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in vier Jahren 2700 betragen.

Die hauptsächlichen Fälle nicht kampfbedingter Verluste sind Mord, Selbstmord, unvorsichtiger Umgang mit der Waffe, Alkoholvergiftungen und Überdosierung von Drogen. Er unterstrich, dass ein Drittel der Selbstmorde in der OOS-Zone während des Dienstes erfolgen.

Er fügte auch hinzu, dass sich in den Jahren des Krieges mehr als 15.000 aktive und in die Reserve entlassene Soldaten hinter Gittern befunden haben, 90% der Verurteilten verbüßen eine Freiheitsstrafe wegen schwerer oder besonders schwerer Verbrechen.

Unsererseits will ich hinzufügen, dass bei praktisch allen Verbrechen der ukrainischen Soldaten Waffen verwendet werden, die sie aus der OOS-Zone mitgebracht haben. Dies alles zeugt davon, dass die Ukraine als Rechtsstaat nicht mehr existiert und sie den Status eines kriminellen mafiösen Staats angenommen hat.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen die übernommenen Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Frieden im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression der ukrainischen Seite standhalten zu können.

de.sputniknews.com: **Schlechtes Zeugnis für Deutschlands Bildungschancen – Unicef**
Marcel Joppa

Wie stehen die Chancen auf eine gute Bildung in Deutschland? Ist die Chancengleichheit gerecht verteilt? In einer internationalen Untersuchung von 41 Industrieländern schneidet die Bundesrepublik schlecht ab. Trotz boomender Wirtschaft und einem üppigen Staatshaushalt scheint das Geld nicht dort anzukommen, wo es gebraucht wird: Bei den Kindern. Deutschland steht bei der Bildungsgerechtigkeit im Vergleich zu anderen Industrieländern gerade einmal im Mittelfeld. Das ergab eine Studie des UN-Kinderhilfswerks Unicef, für die das Unicef-Forschungszentrum Innocenti 41 Industrieländer verglichen hat.

Elternhaus, Migration, Geschlecht ...

Die geringste Bildungsungleichheit gibt es demnach in Lettland, das als bestes Land das Ranking anführt. Bulgarien und Malta stehen am Ende der Rangliste. Deutschland belegt Platz 23 und liegt damit im unteren Mittelfeld, hieß es. Das bedeutet, dass auch Kinder in reichen Ländern nicht automatisch gleiche Chancen auf gute Bildung haben.

Für die Studie untersuchten Experten die frühkindliche Förderung sowie Grundschulen und weiterführende Schulen. Wichtig dabei: Wie sehr beeinflussen beispielsweise der Beruf der Eltern, ein Migrationshintergrund, das Geschlecht oder die Schulformen die Bildungsgerechtigkeit? Die Experten werteten vor allem Daten der Europäischen Union und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus.

Deutschland hat noch viel zu tun ...

Bei der frühkindlichen Förderung sieht es in Litauen, Island und Frankreich besonders gut aus. In der Türkei, den USA und Rumänien ist es bei dem Thema am schlechtesten bestellt. Auch hier liegt Deutschland nur im Mittelfeld. Bei Grundschulen gibt es demzufolge in den Niederlanden, Lettland und Finnland die größte Chancengleichheit, in Malta, Israel und Neuseeland die geringste. Deutschland liegt im unteren Drittel.

Und wie sieht es bei den Teenagern aus? Bei den Bildungschancen für 15-Jährige liegen laut der Studie Lettland, Irland und Spanien vorne. Malta, Bulgarien und Israel bilden das Schlusslicht. Deutschland liegt im Mittelfeld.

Wie der Vater, so der Sohn ...

Das Elternhaus erwies sich dabei in allen Ländern als wichtiger Faktor: In 16 der untersuchten europäischen Länder gehen Kinder aus den ärmsten Familien seltener in Kitas als Kinder aus wohlhabenderen Familien. Jeder vierte Jugendliche aus einer gebildeten Familie in Deutschland könne sich demnach vorstellen, eine weiterführende Schule zu besuchen. Bei den bildungsferneren Elternhäusern ist es nur jeder siebte – und das bei gleichem Leistungsniveau. Was ist das Fazit dieser Untersuchung? Um mehr Bildungsgleichheit zu gewähren, forderte Unicef unter anderem, die frühkindliche Förderung für jedes Kind zu gewährleisten.

Außerdem wird innerhalb der deutschen Politik die Forderung immer lauter, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zu kippen, damit Investitionen in die Bildung auch aus Bundesmitteln finanziert werden können. Derzeit streiten Bundesregierung und Opposition, wann und in welcher Form dies passieren könnte.

Lug-info.ru: Ein Drittel der auf dem Territorium der LVR aktiven Märkte hat 12 Mio. Rubel Steuern in den Haushalt der Republik eingezahlt, erklärte heute das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetchnik.

„Als ich kam, gab es 80 Märkte auf dem Territorium der Republik, aber es wurde keine einzige Kopeke gezahlt, ich meine, das ist nicht richtig“, sagte er.

Er erklärte, dass die Leiter der Märkte Abgaben und Pachtzahlungen von den Marktständen erhalten aber keinerlei Mittel in den Haushalt der Republik gezahlt haben.

„Jetzt befassen wir uns mit dieser Frage, jetzt haben wir ein Drittel dieser Märkte bearbeitet und sie haben 12 Millionen Rubel Steuern gezahlt“, sagte Pasetchnik.

Bereits im März hatte Pasetchnik erklärt, dass alle Märkte in das staatliche Unternehmen „Märkte der LVR“ überführt werden, um damit verschiedene Korruptionswege auszuschalten.

de.sputniknews.com: **Serbiens Präsident zu Kosovo: Bin besorgt darüber, was im November kommt**

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic hat sich in einem Sputnik-Interview besorgt über die Pläne des Kosovo zur Schaffung einer eigenen Armee geäußert: Diese soll nämlich bereits im November gebildet werden. Dies kann laut Vucic jede Chance auf einen Kompromiss zerstören.

Die Kosovo-Albaner haben, so der serbische Staatschef, bereits die Entscheidung getroffen, am 28. November, dem Tag der albanischen Flagge, eine kosovarische Armee zu gründen. Dies sei als Geschenk an die albanischen Nation gedacht. Derzeit laufen jedoch Gespräche zwischen Pristina und Belgrad über mögliche Lösungen der gemeinsamen Probleme.

„Wie Sie sehen, sind sie absolut nicht geneigt, auch nur irgendetwas in der Frage der Assoziierung der serbischen Gemeinden zu tun. Offensichtlich werden wir mit immer größeren Problemen konfrontiert sein“, so Vucic. Unter der Assoziierung der serbischen Gemeinden wird die Einräumung erweiterter Autonomierechte für die Teile des Kosovo verstanden, die mehrheitlich von Serben besiedelt sind.

Als eine weitere Bedrohung sieht der serbische Präsident die Strategie der Kosovo-Albaner, sich die Unterstützung auf dem Weg in die Interpol zu sichern: „Das wird uns große Probleme schaffen und viel Leid provozieren. Ich meine lügnerische Beschuldigungen gegen Serben und die weitere Selbstdarstellung des sogenannten Kosovo als Opfer.“

Die Atmosphäre bei den künftigen Verhandlungen könne dadurch verschlechtert werden. „Das wäre ein Signal, dass sie alles tun können, was sie wollen. Und ich fürchte, dass wir in einen Teufelskreis geraten, ohne jede Chance auf ein glückliches Ende“, so Vucic.

Der serbische Präsident hat nach eigenen Worten große Sorgen vor dem, was in November kommen wird. „Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um den Frieden mit allen Mitteln zu wahren und meinem Volk zu helfen.“

Erst vor einem Monat war es zwischen Serbien und dem Kosovo zu einem gefährlichen Vorfall gekommen: Vucic ließ das Militär in volle Gefechtsbereitschaft bringen. Der Hintergrund war die Besetzung der Zugänge zum Wasserkraftwerk „Gazivoda“ am gleichnamigen Stausee im Norden des Kosovo durch kosovarische Spezialeinheiten.

Vor knapp zwei Wochen war bekannt geworden, dass das Kosovo eine eigene Armee gründen wolle. Dafür stimmten im Parlament der teilweisen anerkannten Republik 101 der insgesamt 102 anwesenden Abgeordneten.

Für die Gründung einer eigenen Armee soll im Kosovo die Verfassung geändert werden.

Gegen diesen Schritt tritt Belgrad aktiv auf und beruft sich dabei auf die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates über die Regelung im Kosovo und in Metochien.

Seit 2011 gibt es unter Vermittlung der EU einen Dialog zwischen Serbien und der Führung des Kosovo. Kosovo hatte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt. Seitdem haben 111 von 193 Uno-Mitgliedsstaaten sowie 23 von 28 EU-Staaten die Unabhängigkeit der Region anerkannt. Zu den Ländern, die das nicht getan haben, zählen Russland, Serbien, China und zahlreiche andere.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32280/55/322805592.jpg>

Dnr-online.ru: Am 30. Oktober hat sich das kommissarische Staatsoberhaupt der DVR Denis Puschilin mit den Leitern der Dienste des staatlichen Unternehmens „Donezker Eisenbahn“ getroffen.

„Auf der Tagesordnung der Republik stehen Fragen der Erhöhung des Wohlstands unserer Bürger, einschließlich natürlich des Kollektivs des staatlichen Unternehmens ‚Donezker Eisenbahn‘. Es ist sehr wichtig, Menschen persönlich zu treffen, wenn sie so die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen und offene Antworten zu erhalten. In meiner Tätigkeit gehe ich gerade so vor, deshalb schlage ich vor, direkt zu Ihren Fragen überzugehen“, sagte Puschilin zu den Anwesenden.

Die erste Frage, die an das kommissarische Republikoberhaupt gestellt wurde, betraf die Maßnahmen zur Erhöhung des Prestiges der Eisenbahnerberufs.

„Das ist die Erhöhung des Koeffizienten auf 1,1 ab dem 1. Oktober. Dies wird die Situation mit den Löhnen nach Dienstalter ändern. Aber diese Erhöhung sind erst die ersten Schritte. Ich meine, dass wir nicht ein Gebiet von Spezialisten abtrennen können, deshalb werden wir in allen Richtungen gleichzeitig arbeiten. Hier werden wir uns gemeinsam mit anderen Branchen, Kategorien von Spezialisten entwickeln. Überall müssen die Löhne erhöht werden“, sagte Denis Puschilin.

Außerdem unterstrich das kommissarische Oberhaupt der DVR, dass die Arbeit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bereichen nötig ist, um ein Abwandern von Kadern aus der Republik zu verhindern.

„Wir müssen andere Herangehensweisen an die Wirtschaft finden. Wir haben nicht viel Zeit, um in Gang zu kommen, wir müssen alle schnell und qualitativ hochwertig tun. Jetzt werden alle Anstrengungen auf die Verbesserung des Lebensstandards unserer Bürger der Republik gerichtet werden. Und die Eisenbahnbranche ist für die Republik wichtig, weil ohne Güterverkehr wir die Wirtschaft nicht entwickeln können“, unterstrich Denis Puschilin.

Außerdem interessierten sich die Eisenbahner dafür, was den Verkehrsbereich der Republik in der Zukunft erwartet.

„Ich wiederhole, jetzt müssen wir die Wirtschaft entwickeln und die Eisenbahnverbindungen sind ein nützliches Gebiet für die Logistik. Wegen des Fehlens von Flugverbindungen sind die Güter- und Passagiereisenbahnverbindungen für die Republik vorrangig. Diese Arbeit läuft dauern“, sagte Denis Puschilin.

Er unterstrich, fehlende Initiative in der Republik strafbar ist.

„Dies wird absolut alle betreffen. Wenn Sie von einem Problem wussten und es verschwiegen und es dann plötzlich einfach nur nennen, wird das Ihre Schuld sein. Es müssen alle Ressourcen für die Lösung der Probleme verwendet und eingesetzt werden. Die Verantwortet für fehlende Initiative wird viele zur Aktivität bewegen, zur Suche nach Lösungen. Wenn Sie

sehen, dass es in der Gesetzgebungsbasis Mängel gibt, Änderungen erfolgen müssen, werden Sie initiativ“, unterstrich Denis Puschilin.

Außerdem interessierte sich das Kollektiv des Unternehmens für die Frage der Erholung von Arbeitern der Eisenbahn, das heißt die Möglichkeit der Übergabe eines Ferienheims in Sedowo an das staatliche Unternehmen „Donezker Eisenbahn“, um es wiederaufzubauen.

„Jetzt findet eine Inventarisierung statt, nach deren Abschluss werden Entscheidungen über die Verteilung der Ferienheime an die Behörden der Republik erfolgen. In Sedowo steht viel Arbeit bevor, weil früher niemand damit gerechnet hat, dass sich dort die Einwohner der zwei Republiken erholen werden. Das heißt, es müssen eine Menge Probleme gelöst werden, die erhebliche Finanzen erfordern“, sagte Denis Puschilin.

Es wurde auch die Frage gestellt, ob in der Republik ein Absinken der Lebensmittelpreise zu erwarten ist.

„Ich hoffe, dass das Senken der Treibstoffpreise darauf eine Auswirkung hat. Das ist natürlich die Frage nicht nur eines Tages. Die Unternehmen müssen die Reste ihrer Produkte verkaufen, dann hoffe ich, dass die Preise sinken werden. Die Volkskontrolle wird diesen Prozess kontrollieren können.

Ich denke, in der nächsten Zeit werden die Preise für die grundlegenden Warengruppen sinken“, sagte Denis Puschilin.

abends:

de.sputniknews.com: **Experte lüftet Details russischer Sanktionen gegen Ukraine**

Die russische Regierung wird die ukrainischen Sanktionen demnächst mit ökonomischen Gegenschritten beantworten. Der Entwurf eines dahin gehenden Beschlusses wird zurzeit vorbereitet, teilte ein Regierungsvertreter am Dienstag in Moskau mit.

„Die Gegensanktionen betreffen etwa 360 Unternehmen und rund 50 natürliche Personen“, sagte der Sprecher, der anonym bleiben wollte. Die Liste werde für Bürger der Ukraine viele Überraschungen enthalten.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte in der Vorwoche einen Ukas über ökonomische Sondermaßnahmen im Zusammenhang mit feindseligen und völkerrechtswidrigen Handlungen der Ukraine gegenüber Russland unterzeichnet. Regierungschef Dmitri Medwedew kündigte an, dass russische Strafmaßnahmen hunderte Bürger der Ukraine und Firmen tangieren werden.

„Strafmaßnahmen werden gegen natürliche Personen in der Ukraine verhängt, die mit ihren Aktivitäten Russland einen Schaden zugefügt hatten“, erklärte Medwedew. „Aktiva dieser Personen in Russland werden gesperrt. Das heißt, dass beliebige Transaktionen mit diesen Aktiva untersagt werden“, sagte der Premier auf die Frage, wie Russland auf feindselige Handlungen der Ukraine reagieren wird. Verboten werde auch der Transfer von Kapital dieser Personen.

Es gehe um Hunderte von Menschen in der Ukraine, die die Interessen Russlands geschmälert hätten. Eine entsprechende Liste werde zusammengestellt. „Von den Sanktionen werden auch ukrainische Unternehmen und sonstige juristische Personen betroffen, die von den aufgelisteten Bürgern der Ukraine kontrolliert werden, in welcher Form auch immer“, sagte Medwedew.

Zugleich hob er hervor, dass das ukrainische Volk als Ganzes nicht unter russische Sanktionen fallen wird. Moskau hatte bereits Einfuhrverbote für einzelne Warengruppen aus der Ukraine verhängt, zum Beispiel für Milchprodukte, und den Transit ukrainischer Güter über russisches Gebiet untersagt.